

Neuregelungen im Gesetzeswerk von 1993 auf Steuermittel, außerbudgetäre Mittel werden in den Beschlüssen hingegen mit keinem Wort erwähnt.

Die Monographie von Heberer und Taubmann befaßt sich ebenfalls mit der ländlichen Entwicklung in der VR China. Im Gegensatz zu Oi steht hier der gesellschaftliche Wandel auf dem Lande seit 1978 im Vordergrund der Analyse, die einen weiten Bogen zwischen Urbanisierungsprozeß, wirtschaftlichem Wandel, Steuer- und Finanzsystem sowie politischen Strukturen auf lokaler Ebene spannt. Das nun vorliegende Ergebnis enthält eine ausgesprochen interessante Betrachtung des ländlichen Entwicklungsprozesses, die durch die Zusammenschau unterschiedlicher Sichtweisen (politologische, soziologische und wirtschaftswissenschaftliche Ansätze) disparat erscheinende Entwicklungen in einen kausalen Zusammenhang stellt. Die empirische Grundlage von Heberer/Taubmann sind Fallstudien, die in den Erhebungsjahren 1993 und 1994 in sieben Landgemeinden (Zhen-orte) der VR China durchgeführt wurden. Die Veröffentlichung verarbeitet detailliertes Zahlenmaterial, das in Form von Abbildungen anschaulich dargestellt wird.

Zehn Orte stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen von Heberer/Taubmann. Ihre Analyse klärt über die Arbeitskräftesituation, die steigende Anzahl von Zhen-orten im Zuge des Reformprozesses, die Migration und die Praxis des Haushaltsregistrierungssystems auf (Kapitel 2). Die ländlichen Kollektivunternehmen und der private Wirtschaftssektor in den Gemeinden werden dargestellt, wobei die Autoren im Gegensatz zu Oi auch auf die beschäftigungs- und sozialpolitische Funktion dieser Betriebe abstellen (Kapitel 3). Wertvolle Informationen über die finanzielle Situation der Zhen-orte liefert das anschließende Kapitel, das u.a. auch über den Finanzausgleich auf lokaler Ebene berichtet. Wer selbst Befragungen in der chinesischen Finanzverwaltung durchgeführt hat, weiß, daß es oft großer Diplomatie und etlicher Gläser Schnaps bedarf, um derartige Details über die Budgetsituation staatlicher Verwaltungseinheiten zu erfahren. Sehr interessant sind die Ausführungen der Autoren zu den sozialen und politischen Wandlungsprozessen, spannend insbesondere die Ergebnisse der Befragungen zum Wertewandel auf dem Lande. Sie geben z.B. Aufschluß über die Haltung der Beschäftigten in ländlichen Unternehmen gegenüber Familie, Partei, Arbeitgeber oder ihre Einstellung zu Lebensstandard, Lebensgenuß oder Statussymbolen (Kapitel 7).

Die Untersuchung von Heberer/Taubmann zeigt, daß Wandlungsprozesse einer synoptischen Sichtweise bedürfen, um in ihrer Komplexität erfaßt werden zu können. Sie ist eine Pflichtlektüre für alle, die sich mit ländlicher Entwicklung in der VR China befassen.

Dagmar Hauff

Friedrich Fürstenberg/Renate Ruttkowski: Bildung und Beschäftigung in Japan. Steuerungs- und Abstimmungsaspekte

Opladen: Leske + Budrich, 1997, 266 S.

In der bekanntesten japanischen Wirtschaftszeitung, *Nihon keizai shinbun*, war am 5.8.2000 die Angabe des Japanischen Kultusministeriums zu lesen, dass die Ein-

stellungsquote bei den Absolventen der vierjährigen Universitätsstudiengänge, die heute aus verschiedenen Gründen die Hauptarbeitskräfte der japanischen Wirtschaft darstellen, im Frühjahr 2000 nur 55,8% betrug – eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Punkte und die niedrigste Quote seit dem Beginn der statistischen Aufzeichnungen des Ministeriums im Jahr 1950. Als Hauptgrund für diese schlechten Zahlen betrachte das Ministerium die geänderten Einstellungspraktiken der Unternehmen für Absolventen der Bildungsinstitutionen als Folge der Wirtschaftskrise. Noch beunruhigender sei jedoch die Tatsache, dass 22,5% der obigen Universitätsabsolventen weder einen Arbeitsplatz noch einen Studienplatz in einem Graduiertenkurs an einer Universität erhielten.

Große Aufmerksamkeit findet in Japan gegenwärtig die Diskussion über das Problem des offensichtlich gestörten Gleichgewichts im Übergang vom Bildungssystem zur Arbeitswelt, verursacht durch den Wandel der Personalpolitik der Großunternehmen einerseits und den Wertewandel bei den jungen Japanern andererseits. Warum aber ist gerade von diesem Problem so oft und so heftig die Rede und warum lässt es offenbar niemanden in der Bevölkerung kalt? Die Antwort lautet: weil es den "Nerv des ganzen Volkes" getroffen hat. Die Statusdistribution, die beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem vollzogen wird, richtet sich in Japan nach dem Rang der besuchten Bildungsinstitution (insbesondere im tertiären Bereich). Hat man den Abschluss der in der Hierarchie nächsthöheren Bildungsinstitution erworben, so bedeutet dies nach Masakazu Yano, Professor für Bildungsökonomie am *Tōkyō kōgyō daigaku*, dass man damit die Möglichkeit der Einstellung in ein Unternehmen erworben hat, das eine Stufe größer ist und seinen Mitarbeitern dadurch ein höheres Einkommen und bessere Sozialleistungen versprechen kann. Folglich bewegten sich der Wettbewerb um einen Platz in einer besseren Bildungsinstitution und der Kampf um eine Stelle in einem größeren Unternehmen, d.h. um eine bessere Position, innerhalb derselben Dimension, weil beides mit der Erwartung verbunden sei, dadurch ein wirtschaftlich abgesichertes und somit "glückliches" Leben zu führen.¹ Der Kampf um das Bestehen der Aufnahmeprüfung einer guten Schule oder Universität, die bekannte "Prüfungshölle", wird daher häufig zum zentralen Problem japanischer Schüler und ihrer ganzen Familie. Die neue Unfähigkeit des Wirtschaftssystems, alle Universitätsabsolventen zum 1. April aufzunehmen und ihnen damit den Beginn eines sozialen Aufstiegs zu ermöglichen, sprengte die Vorstellungswelt der Japaner. Behörden, Ausschüsse und Verbände unternehmen daher große Anstrengungen, um das frühere Gleichgewicht wieder herzustellen. Dieses fußte auch auf einer allgemein akzeptierten Idealbiografie mit den Elementen *gute Erziehung (Yoi kyōiku)*, *gute Stelle im Beschäftigungssystem (Yoi shigoto)* und *glückliches Leben (Kōfukuna jinsei)*,² die nun aufgrund der neuen Personalpolitik der Großunternehmen und aufgrund des Wertewandels bei den jüngeren Menschen in ihrer alten Form nicht mehr haltbar zu sein scheint.

1 Vgl. Masakazu Yano: "Shinki daisotsusha no rôdō shijō." In: *Nihon rôdō kenyū kikō zasshi*. Nr. 405, 10.1993. S. 14–23; hier S. 18.

2 Vgl. Takehiko Kariya: *Taishū kyōiku shakai no yukue. Gakureki shugi to byōdō shinwa no sengoshi*. Chūhō shinsho. Nr. 1249. Tokyo: Chūhō kōron shinsha, 1995; hier: Einleitung.

Gerade der oben skizzierte Bereich, der zu den Orten gehört, an denen das Gerechtigkeitsgefühl der japanischen Gesellschaft definiert und durchgesetzt wird, ist Gegenstand des vorliegenden Forschungsberichts von Fürstenberg und Ruttkowski, der im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projektverbunds "Beziehungen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in Japan" erstellt wurde. Das genauere Thema des aus vier nach Themen gegliederten Hauptteilen bestehenden Berichts ist der "Zusammenhang der Bildungs- und Beschäftigungssysteme in Japan unter dem Aspekt der Steuerung und Abstimmung" (S. 9). Um die Funktionen von Steuerung und Abstimmung in diesem Bereich der modernen Gesellschaft zu definieren, wird eine Theorie über die moderne Gesellschaft angewandt, die zunächst die "Segmentierung des sozialen Lebens und seiner ordnenden Institutionen" (S. 11) als Merkmal der Moderne betrachtet. So differenzieren sich auch das Bildungs- und das Beschäftigungssystem aus, und folglich unterscheiden sich die Relevanzstrukturen beider Systeme, in welchen jeweils die Sinnwelten für die dort interagierenden Menschen definiert werden. Dies bedeutet für die gesellschaftlichen Akteure, dass sie die in beiden Systemen vertretenen unterschiedlichen Normen und Werte, die oft in Form von zu übernehmenden Rollen in Institutionen existieren, in sich vereinigen müssen. Von den Institutionen her gesehen können die festgelegten Rollen nur durch die Akteure, die diese übernehmen, in die Tat umgesetzt werden. Die so in der Moderne entstandenen Abstimmungsprobleme zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, "nicht nur als Teile einer komplexen Lebenswelt, sondern auch als Bereiche, in denen Leistungspotenziale aufgebaut und schließlich genutzt werden" (S. 11), werden in diesem Forschungsbericht thematisiert, wobei es vor allem um die "'politische' Dimension der Vorbereitung auf das Erwerbsleben, des Übergangs in die Erwerbssphäre und der Rückkoppelung zwischen diesen Lebensbereichen" (S. 11) geht. Weiter schließt die Betrachtungsweise dieses Berichts das wichtige Merkmal ein, dass die soziale Integration als letztlich von den gesellschaftlichen Akteuren selbst durchgeführt angesehen wird, was oben bereits angeklungen ist. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht daher die Frage, "inwiefern dieser Prozess (d.h. die Selbststeuerung der Akteure; M.E.) positiv beeinflussbar ist im Sinne einer Steuerung der Wechselbeziehungen der benachbarten Systeme Bildung und Beschäftigung" (S. 12). Zu ihrer Beantwortung und zwecks Klassifizierung der Steuerung und Abstimmung werden zunächst folgende vier Modelle herangezogen: Das *Regulierungsmodell* (vor allem die Steuerung durch den Staat), das *Marktmodell* ("grundsätzlich unpolitischer Abstimmungsmechanismus unterschiedlicher Interessen"; S. 13), das *Netzwerkmodell* (Problemlösung unter den beteiligten Individuen oder Organisationen) und das *Selbststeuerungsmodell* (ein "typischer Anwendungsfall ist die Berufswahl anhand individueller Präferenzen"; S. 13).

Da nach dem hier verwendeten Forschungskonzept "bildungs- und beschäftigungsrelevante soziale Steuerung in ihren Wechselwirkungen als Prozess analysiert (wird), der sukzessive die entstehenden Phasen der Bildungs- und Erwerbsbiografie beeinflusst und sogar prägt" (S. 14), werden bei der Datenanalyse folgende drei Idealtypen gebraucht: das am Individuum orientierte *Berufsfindungsmodell*, das durch soziale Steuerung charakterisierte *soziale Integrationsmodell* und das *Marktanpassungsmodell* (vgl. S. 217). Das eigentlich japanische, ursprüngliche Modell ist das zweite. Die Untersuchung ergab jedoch, dass durchaus alle drei Mo-

delle in Japan anzutreffen sind. Bezüglich der Steuerungsimpulse und -prozesse auf der Makro- und Meso-Ebene liefert sie den "Nachweis außerordentlich vielgestaltiger und komplex wirkender Steuerungsprozesse sowohl im Bildungs- als auch im Beschäftigungssektor" (S. 218). Es stellte sich heraus, dass "keine systematische, kontinuierlich angewendete Abstimmungsstrategie, die alle Absolventengruppen und Situationen des Berufseintritts erfasst" (S. 218), existiert und dass "grundsätzlich ... das weiterhin dominante Leitbild einer dauerhaften sozialen Integration in eine Leistungsgemeinschaft (d.h. das zweite Modell; M.E.) den Vorrang administrativer Steuerung des Eintritts in das Erwerbsleben gegenüber einer kurzfristige Anpassungen bewirkenden Marktsteuerung" (S. 221) stützt. Weiter ließ sich eine deutliche Differenzierung der Steuerungsinstanzen nachweisen: "Die regulative Steuerung des Staates hat ihre Schwerpunkte in Strukturbildung und Ressourcenallokation, vorwiegend für allgemeinbildende und berufsvorbereitende Aufgaben, während die Statusallokation immer noch aufgrund einer am 'Bildungsmarkt' ermittelten Rangordnung von Personen, Organisationen und Institutionen erfolgt" (S. 222).

Am Ende der Auswertung werden die Untersuchungsergebnisse anhand dreier bekannter Thesen interpretiert, welche die Auswirkungen der Steuerungspraxis im japanischen Bildungs- und Beschäftigungssystem verdeutlichen, nämlich der Meritokratie-These (der "soziale Status ... (ist) vorwiegend durch Bildungsabschlüsse determiniert", S. 223), der Segmentierungsthese (der "Arbeitsmarkt (ist) durch bildungs- und unternehmenspolitisch bedingte Mobilitätsbarrieren geprägt"; S. 223) und der Effizienzthese (sie "betrifft Niveau und Verwertbarkeit der Bildungsabschlüsse"; S. 225). Die gewonnenen Daten lassen nur eine modifizierte Geltung der ersten These erkennen: der "Statuserwerb im Bildungssystem ... bestimmt immer noch die Eintrittsbedingungen in das Beschäftigungssystem" (S. 223), aber der Aufstieg im Beschäftigungssystem erfolgt nach einem eigenen Bewertungssystem. Auch die zweite These kann "in ihrer strikten Form nicht aufrechterhalten" (S.224) werden, denn bestimmte Bildungsabschlüsse, u.a. im Bereich der Fachschulen, sind durchaus mit der späteren Ausübung bestimmter Berufe verbunden. "Allerdings bleibt die soziale Integration in einen Leistungsverband für die Dauer des Erwerbslebens als Wunsch- und Zielvorstellung bestehen" (S. 224). Die dritte These ist "ebenfalls differenziert zu betrachten" (S. 225), weil zwar "die Steuerung von Bildung und Beschäftigung in Japan bisher hinsichtlich der Erwerbschancen nicht dysfunktional gewesen ist", aber die "geringe Berufsorientierung des Bildungssystems ebenso ... wie die Vernachlässigung einer Kreativitäts- und Begabtenförderung" (S. 225) heute als problematisch angesehen wird. Somit macht der Bericht deutlich, dass das Effizienz-Prinzip in der japanischen Gesellschaft, das an der Förderung der Breitenbildung sichtbar wurde, heute durch ein neues Prinzip ergänzt wird, das nach Förderung fachlicher Spezialisierung sowie Stärkung der Kreativität verlangt, ohne dass dabei die Statusdistribution nach dem Rang der Bildungsinstitutionen verändert würde.

Da in dem hier thematisierten Bereich rasche Veränderungen zu verzeichnen sind, sind seit Durchführung der zugrunde liegenden Untersuchungen bzw. seit Fertigstellung des Berichts einige wichtige neue Entwicklungen eingetreten, wie z.B. die Abschaffung des *Einstellungsabkommens für Hochschulabsolventen (Shūshoku*

kyôtei) im Jahr 1997, die keine Aufnahme mehr finden konnten. Da der Bericht aber neben der geschickten Auswahl der Informanten für die durchgeführten Interviews – sie gehörten zu den wichtigsten Legitimatoren der japanischen Gesellschaft – auf einem soliden Analyserahmen basiert, mit dessen Hilfe die Grundstruktur der japanischen Gesellschaft herausgearbeitet wurde, sind die Ergebnisse seiner Analyse weiterhin sehr aktuell. Neue Entwicklungen und Veränderungen im Gegenstandsbe-
reich lassen sich mit Hilfe dieses Werks gut in diese Grundstruktur einordnen, wo-
durch das Verständnis des Wandels der japanischen Gesellschaft erleichtert wird.

Mikiko Eswein

In aller Kürze

Petra C. Gruber/Klaus Zapotoczky (Hrsg.): Globalisierung versus Demokratie? Plädoyer für eine umwelt- und sozialverträgliche Weltordnung

Frankfurt/M.: Brandes & Apsel/Südwind 1999, 260 S.

Der Sammelband, der in den Jahren 1997 und 1998 an der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich gehaltene Referate vereint, thematisiert den Bedeutungsverlust von Nationalstaaten und die damit einhergehende Gefährdung der Demokratie im Zusammenhang beobachtbarer weltweiter Prozesse von Globalisierung. Ausgelotet werden die Möglichkeiten und Grenzen einer künftigen Welt- wie Zivilgesellschaft. Für den Kontext dieser Zeitschrift sind nur zwei Beiträge von Interesse. Der erste Text von Andreas Obrecht beschäftigt sich mit den Modernisierungsfolgen in Entwicklungsländern am Beispiel ethnischer Gesellschaften in Tansania und Papua-Neuguinea, während der zweite von Sigrid Awart und Andreas Obrecht gemeinsam verfasste Artikel ein Stimmungsbild des durch Goldbergbau verursachten kulturellen Wandels auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Lihir vermittelt.

Roland Seib